NR. 114 12.03.2013

www.laender-analysen.de/ukraine

ZIVILGESELLSCHAFT IN DER UKRAINE
NGO-FÖRDERUNG DURCH DIE EU
DER EU-UKRAINE-GIPFEL

- ANALYSE
  Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen 2
  Susan Stewart, Berlin
- ANALYSE
  Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft 6
  Iryna Solonenko, Frankfurt/Oder
- STATISTIK
  Zivilgesellschaft in der Ukraine 8

- PRESSESTIMMEN
  Zum EU-Ukraine-Gipfel 11

- CHRONIK
  Vom 26. Februar bis 12. März 2013 13

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

DGO ► Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Mit finanzieller Unterstützung des
Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

ANALYSE

Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen

Susan Stewart, Berlin

Zusammenfassung

In den letzten Jahren haben Analysen der ukrainischen Zivilgesellschaft sich weitgehend auf die Entwicklung des NGO-Bereichs konzentriert. In Zukunft erscheint ein breiterer Ansatz sinnvoll, der u. a. auch spontane Protestmaßnahmen einbezieht. Ukrainische zivilgesellschaftliche Akteure agieren in einem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld, das auf vielerlei Weise die Entwicklung der Zivilgesellschaft noch hemmt. Dennoch sind sowohl im Bereich der Gesetzgebung als auch bei der gesellschaftlichen Akzeptanz von NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Strukturen positive Tendenzen zu beobachten.

Die Struktur der ukrainischen Zivilgesellschaft

In seinem Buch *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe* definiert Marc Morjé Howard Zivilgesellschaft folgendermaßen: "*Civil society* refers to the realm of organizations, groups, and associations that are formally established, legally protected, autonomously run, and voluntarily joined by ordinary citizens." Dies ist ein breites Spektrum, schließt allerdings spontane oder ad hoc-Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern nicht ein.

In der Ukraine hat sich die Diskussion über die Entwicklung der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen stark um die Evolution der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs oder *non-governmental organizations*) gedreht. Erstens sind einige Organisationen nach dem Zerfall der UdSSR von der Bildfläche verschwunden, während andere durch ihre Assoziation mit sowjetischen Strukturen sich in den Augen der Bevölkerung weitgehend diskreditiert haben. So konnten sich in der Ukraine insbesondere einige Gewerkschaften zwar halten, haben aber den Ruf, von der herrschenden Elite kooptiert zu sein. (Neue Gewerkschaften gibt es auch, aber sie verfügen bislang über wenig Einfluss.) Zweitens entstanden in den letzten 10–15 Jahren mit westlicher Unterstützung viele NGOs, die insbesondere im Ausland mit der ukrainischen Zivilgesellschaft weitgehend gleichgesetzt werden.

Da die Berichte und Informationsquellen, auf die sich diese Analyse stützt, die NGO-Kategorie in der Regel in den Mittelpunkt stellen, werden diese Organisationen im Fokus des Artikels stehen. Dennoch sollte schon an dieser Stelle klar gemacht werden, dass die ukrainische Zivilgesellschaft ein komplexes Phänomen ist, das über die NGO-Szene hinausgeht. Während diese zu einem festen Bestandteil der Zivilgesellschaft in der Ukraine geworden ist, zeigen neuere Entwicklungen, dass auch spontane Aktionen oder kurzfristig angelegte Proteste einen zunehmenden Raum einnehmen, wenn es um gesellschaftlichen Druck auf politische Kreise geht. In Zukunft wird vermutlich eine Mischung aus ad hoc-Aktivitäten und einer systematischeren Vorgehensweise durch NGOs und andere zivilgesellschaftliche Gruppierungen den Charakter der ukrainischen Zivilgesellschaft ausmachen.

Die Zahl der registrierten zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine steigt kontinuierlich, genauso wie die Anzahl der in ihnen arbeitenden Personen. Dennoch sind diese Zahlen nur bedingt aussagekräftig. Die ukrainische NGO Counterpart Creative Center geht davon aus, dass nur 5–7 % der registrierten Organisationen tatsächlich aktiv sind, im Sinne einer regelmäßigen Durchführung von Projekten. Zahlreiche NGOs sind klein (bis 30 Mitglieder), während etliche andere über keine offizielle Mitgliedschaft verfügen. Der sogenannte dritte Sektor in der Ukraine ist also ziemlich eingeschränkt. Da selbst die offiziellen Daten zeigen, dass die Ukraine im Vergleich zum EU-Durchschnitt eine wesentlich niedrigere Teilnahme *per capita* an zivilgesellschaftlichen Organisationen aufweist, kann man davon ausgehen, dass der tatsächliche Unterschied erheblich größer ist, auch wenn es in der EU sicherlich manche registrierte aber inaktive Vereine gibt. Auf der anderen Seite ist die Ukraine im Vergleich zu ihren post-sowjetischen Nachbarn wie die Republik Moldau, Georgien oder Armenien im zivilgesellschaftlichen Bereich durchaus aktiv. In Bezug auf die Tätigkeitsfelder beschäftigt sich knapp die Hälfte der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Fragen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Zwischen 25 % und 30 % geben an, in einem der folgenden Bereiche tätig zu sein: politische Bildung, Menschenrechte und soziale Fragen.

Die regionale Struktur der ukrainischen NGOs weist auf den zentralisierten Charakter des ukrainischen Staates hin. Die allermeisten aktiven Organisationen sind in der Hauptstadt konzentriert. Mittlerweile haben sich allerdings einige andere Städte zu Zentren mit einer erheblichen Anzahl an NGOs herausgebil-

det. Nach Kiew ist als erste Lwiw zu nennen, danach Saporishshja und Odessa, mit jeweils etwa 1.000 Organisationen. Eine geografische Erweiterung der zivilgesellschaftlichen Aktivität in der Ukraine findet also durchaus statt, auch wenn sie ziemlich langsam vor sich geht. Das langsame Tempo liegt unter anderem auch an den Strategien ausländischer Geldgeber, die meist ausschließlich in der Hauptstadt ihre Büros unterhalten und es einfacher finden, mit einer kleinen Gruppe etablierter NGOs zusammenzuarbeiten, die ihrerseits auch hauptsächlich in Kiew tätig sind (mehr hierzu siehe unten).

Politisches Umfeld

Zu Beginn der Amtszeit von Wiktor Janukowytsch gab es einige beunruhigende Signale bezüglich der Einstellung der politischen Führung zu zivilgesellschaftlichen Akteuren. Diese Beispiele zeigten, dass ähnlich wie in Russland einige ukrainische politische Akteure geneigt waren, Kooperation mit dem westlichen Ausland im zivilgesellschaftlichen Bereich als mögliche Bedrohung einzustufen. Hierfür spricht die Verhaftung von Nico Lange, dem damaligen Leiter des ukrainischen Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung, im Juni 2010 am Kiewer Flughafen Boryspil, sowie die Befragung einiger Mitarbeiter an Projekten, die von der International Renaissance Foundation (IRF) finanziert wurden, durch die ukrainischen Sicherheitsdienste. Die IRF wurde vom US-amerikanischen Financier George Soros ins Leben gerufen und wird von ihm teilweise noch finanziert. Außerdem war und ist die politische Führung unter Janukowytsch bemüht, ernst zu nehmende Proteste durch verschiedene Mittel zu unterdrücken, wie sich bei dem Umgang mit einigen Organisatoren der Proteste gegen das neue Steuergesetz im Herbst 2010 zeigte. Janukowytsch traf sich mit den Protestierenden und führte daraufhin einige Änderungen ins Gesetz ein. Als die Proteste nicht versiegten, wurde das von den Gegnern des Gesetzes aufgebaute Zeltlager von der Polizei beseitigt. Einige der Hauptorganisatoren wurden aus fadenscheinigen Gründen verhaftet und mussten Gefängnisstrafen absitzen.

Auf der legislativen Ebene kam es aber zu einigen erfreulichen Entwicklungen für die ukrainische Zivilgesellschaft. Die wichtigste hiervon ist sicherlich die Verabschiedung des Gesetzes »Über bürgerliche Assoziationen« im März 2012. Das Gesetz, das erst Anfang 2013 in Kraft getreten ist, stellt die ukrainische Antwort auf internationalen sowie internen Druck dar. Es wurde mit der Unterstützung ukrainischer zivilgesellschaftlicher Experten entworfen und enthält einige wichtige Verbesserungen gegenüber der bisherigen Gesetzgebung. Insbesondere zu nennen sind: eine vereinfachte Prozedur der Registrierung; das Recht einer registrierten Organisation, in allen ukrainischen Regionen tätig zu sein; die Möglichkeit, nicht gewinnorientierte Aktivitäten durch unternehmerische Tätigkeit zu finanzieren. Außerdem ist das Gesetz über den Zugang zu öffentlicher Information, das im Januar 2011 vom ukrainischen Parlament verabschiedet wurde, für die ukrainische Zivilgesellschaft von Bedeutung, da es z. B. vielen Organisationen hilft, ein Monitoring staatlicher Tätigkeiten sinnvoll und effizient durchzuführen. Allerdings ist es bei der Umsetzung dieses Gesetzes öfter zu Problemen gekommen, die einen (nicht immer erfolgreichen) Gang zum Gericht erforderlich machten.

Das gesetzliche Umfeld im Bereich Zivilgesellschaft hat unter Janukowytsch einige Besserungen erfahren, und die anfänglichen Probleme im Hinblick auf den Umgang des Staates mit zivilgesellschaftlichen Akteuren haben sich zumindest nicht verstärkt. Auch die Beratungsorgane (hromads'ki rady), die aus Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zusammengestellt werden und auf allen Ebenen der ukrainischen Politik zu finden sind, werden fortgeführt. Allerdings herrscht bei den meisten führenden Politikern des Landes eine zurückhaltende bis ablehnende Einstellung zur Zivilgesellschaft. Konstruktive Vorschläge zivilgesellschaftlicher Organisationen werden im politischen Prozess oft nicht ernst genommen. Außerdem werden seriöse Organisationen, die häufig über jahrelange Erfahrung und beachtenswerte Kenntnisse auf einem bestimmten Gebiet verfügen, nicht selten durch andere ersetzt, die solche Qualitäten nicht aufweisen, aber bereit sind, die von der Regierung bevorzugte Linie zu unterstützen. Es gibt allerdings auch Gegenbeispiele, insbesondere wenn die Position einschlägiger NGOs auch von ausländischen Diplomaten und internationalen Institutionen befürwortet wird.

Wirtschaftliches Umfeld

Die wirtschaftliche Lage der Ukraine verschlechtert sich zunehmend. Dies liegt sowohl an der internationalen Konjunktur seit der Finanz- und Wirtschaftskrise als auch an der fehlenden Reformbereitschaft der ukrainischen Führung. Diese Situation hat einige – teilweise widersprüchliche – Folgen für die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft.

Auf der einen Seite sind zahlreiche ukrainische Bürgerinnen und Bürger in der heutigen ökonomischen Situation zunehmend mit dem wirtschaftlichen Durchkommen beschäftigt. Dies lässt ihnen wenig Zeit und Energie für zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Hinzu kommt, dass die in der Ukraine wenig ausgeprägte Tradition der Philanthropie bzw. individueller Spenden an Wohlfahrts- oder andere Organisationen durch die

schwierige ökonomische Entwicklung alles andere als gefördert wird. Doch diese Entwicklung hat auch eine Gegenseite: Wenn die Lage sich weiter verschlechtert und immer mehr Menschen keine Zukunftsperspektive sehen, weil sie im gegebenen wirtschaftlichen (und politischen) Kontext nicht weiter kommen, kann sich ihre Bereitschaft erhöhen, im Rahmen zivilgesellschaftlicher Aktionen tätig zu werden.

Die wirtschaftliche Lage wird auch deswegen schwieriger, weil einflussreiche Politiker und Geschäftsleute (u. a. die sogenannten Oligarchen) Gelder für ihre Partikularzwecke kanalisieren. Dies führt zu einer intransparenten Situation, in der weniger Geld für andere Akteure zur Verfügung steht. Dies macht sich für die Zivilgesellschaft z. B. darin bemerkbar, dass sie kaum Möglichkeiten hat, auf der für sie wichtigen regionalen und kommunalen Ebene Angebote im Rahmen von staatlichen Ausschreibungen einzureichen bzw. damit Erfolg zu haben. Manche ukrainische Geschäftsleute sind bereit, zivilgesellschaftliche Projekte zu finanzieren, die aus ihrer Sicht sinnvoll erscheinen. Diese sind insbesondere im sichtbaren sozialen Bereich zu finden (Kinder, Gesundheit), da ein Beitrag zum Image des finanzierenden Unternehmens das Hauptziel darstellt. Dadurch kommen Organisationen bzw. Projekte mit einer politischen Ausrichtung selten infrage, insbesondere wenn sie als oppositionell einzustufen sind. Außerdem ziehen es manche Geschäftsleute vor, eigene Strukturen zu gründen, statt bestehende zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen. Selbst wenn diese Strukturen formell gesehen zur Zivilgesellschaft zählen, vertreten sie eher die Interessen eines Unternehmens bzw. einer wirtschaftlichen Gruppe.

Die oben genannten Schwierigkeiten mit einheimischen Finanzierungsquellen für ukrainische NGOs führen u. a. dazu, dass ausländische Geldgeber noch eine zentrale Rolle in der Finanzierungslandschaft spielen. Zu den wichtigsten zählen die EU (sowohl die Brüsseler Ebene als auch einige der individuellen Mitgliedsstaaten) und die USA (insbesondere die US Agency for International Development, oder USAID). In beiden Fällen sind sowohl staatliche als auch private Quellen von Bedeutung. Ein erheblicher Teil dieser Gelder wird für Zwecke der Demokratieförderung ausgegeben. So können auch Projekte mit politischer Agenda in der Ukraine finanziert werden. Die ausländischen Gelder haben viele Projekte möglich gemacht, die sonst nicht hätten durchgeführt werden können. Allerdings haben sie auch die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft in gewissem Sinne verzerrt. Zahlreiche Beobachter weisen darauf hin, dass viele NGOs, die durch ausländische Quellen finanziert werden, sich mit der Zeit immer stärker auf die Geldgeber orientieren und die Rückkopplung an die ukrainische Gesellschaft verlieren. Außerdem sind einige NGOs hauptsächlich deswegen entstanden, um Zugang zu westlichen Geldern zu erhalten. Im Endeffekt bildet sich eine NGO-Elite, die auf die Hauptstadt fokussiert ist und eine Agenda entwickelt, die weitgehend losgelöst ist von der Problematik in anderen Landesteilen. Dieses Problem wurde inzwischen sowohl von der EU als auch von der ukrainischen Seite erkannt und es sind einige Schritte unternommen worden, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Allerdings haben sich bereits feste Beziehungsmuster etabliert, die nicht in einem oder zwei Jahren zu ändern sind, sondern nur mit einem mittel- bis langfristigen Ansatz.

Gesellschaftliches Umfeld

Große Teile der ukrainischen Gesellschaft haben während der Orangen Revolution erlebt, dass sie mit vereinten Kräften Änderungen im politischen Leben des Landes herbeiführen können. Die Ergebnisse dieser »Revolution« haben allerdings eine tiefe Enttäuschung bei vielen ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern hinterlassen. Die sichtbaren und plötzlichen Änderungen fanden hauptsächlich an der Oberfläche statt, während die politischen und wirtschaftlichen Strukturen sowie die Verhaltensmuster der Elite im Wesentlichen gleich geblieben sind. So haben viele Leute zumindest zeitweilig die Hoffnung aufgegeben, dass ein bedeutender Wandel »von unten« möglich ist.

Dennoch war in den letzten Jahren zu beobachten, dass kleine Gruppen sich immer wieder für lokale Anliegen einsetzen, z. B. für den Erhalt eines Parks oder gegen den Bau eines weiteren Hochhauses. Diese Anliegen betreffen die Protestierenden direkt und konkret. Manchmal wirkt eine zivilgesellschaftliche Organisation von Anfang an unterstützend im Hintergrund oder schaltet sich in einer späteren Phase ein. Manchmal aber organisieren die Betroffenen die Protestmaßnahmen spontan und völlig ohne Organisationsstruktur. Wenn ein Erfolg eintritt, kann das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermutigen, sich bei der organisierten Zivilgesellschaft einzubringen. Aber auch ad hoc-Aktionen werden vermutlich weiterhin an der Tagesordnung bleiben, weil Bürgerinnen und Bürger sich auch in Zukunft über willkürliche Entscheidungen der Verwaltungsstrukturen aufregen werden. Auch diese Aktionen können als Teil der ukrainischen Zivilgesellschaft gelten, selbst wenn sie in die oben zitierte Definition von Howard nicht ohne weiteres passen. Die Entwicklung der sozialen Medien erleichtert die Durchführung solcher Aktivitäten und weist auf die Notwendigkeit eines breiten Verständnisses von Zivilgesellschaft hin.

Ein hemmender Faktor, der unter Janukowytsch dazu gekommen ist und die Entwicklung der Zivilge-

sellschaft zum Teil lähmt, ist Angst. In den letzten drei Jahren hat die Bereitschaft der politischen Elite, Gewalt als Mittel zur Problemlösung anzuwenden, zugenommen. Dies sieht man z. B. an den gewaltsamen Methoden der sogenannten »reidery«, die florierende Geschäfte übernehmen, um sie an Unterstützer des Regimes weiterzureichen – oder auch daran, dass laut der International Federation of Journalists Gewalt gegen Medienvertreter unter Janukowytsch zugenommen hat. Die Angst vor unangenehmen Folgen, falls man sich gegen das Regime äußert, trägt eher dazu bei, dass Bürgerinnen und Bürger untätig bleiben, als dass sie an einem zivilgesellschaftlichen Projekt teilnehmen.

Die Erkenntnis nimmt also zu, dass es möglich ist, zusammen mit anderen durch gezielte Aktivitäten ein Ziel zu erreichen, das für das alltägliche Leben von Bedeutung ist. Diese Erfahrung jedoch bleibt noch auf einen kleinen Teil der Bevölkerung beschränkt und ist regional unterschiedlich weit verbreitet. Außerdem ist das Vertrauen der Bevölkerung zu NGOs und deren Arbeit eher niedrig. Hierzu trägt auch der hohe Anteil an ausländischer Finanzierung bei, die NGOs für viele Menschen als Fremdkörper erscheinen lassen. Dennoch hat sich die Einstellung, dass NGOs eine für die Gesellschaft notwendige Rolle spielen, in den letzten Jahren beträchtlich verbreitet. Laut der International Foundation for Electoral Systems (IFES) kletterte diese Meinung von 41 % im Jahr 2005 auf 76 % sechs Jahre später. Außerdem wird die Expertise zivilgesellschaftlicher Vertreterinnen und Vertreter von den Medien höher eingeschätzt als früher, und sie treten häufiger in verschiedenen Medien auf. Die Voraussetzungen für eine wachsende Akzeptanz der zivilgesellschaftlichen Sphäre sind dadurch zumindest teilweise vorhanden.

Ausblick

Laut der Einschätzung des Nations in Transit-Berichts von Freedom House ist im Fall der Ukraine der Bereich Zivilgesellschaft in den letzten sechs Jahren mit einem Ranking von 2,75 unverändert geblieben (bei einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 die beste Note ist). Aus allen acht von Nations in Transit untersuchten Bereichen war die Zivilgesellschaft in diesen Jahren beständig der Bereich mit der besten Beurteilung. Die Anzahl der registrierten zivilgesellschaftlichen Organisationen nimmt kontinuierlich zu, und dieser Trend wird sich unter der neuen Gesetzgebung vermutlich fortsetzen, da sie die Registrierung von NGOs erleichtert hat. Mit der zunehmenden Nutzung des Internets sowie sozialer Medien in der Ukraine werden die kurzfristigen Protestmaßnahmen der letzten Jahre wohl an Bedeutung gewinnen, insbesondere da die politische und wirtschaftliche Elite keine Anstalten macht, ihr Verhalten zu ändern und sich für die Interessen der breiteren Bevölkerung einzusetzen. Interessant zu beobachten wird sein, inwiefern gut organisierte und erfahrene NGOs mit spontanen Bürgerinitiativen zusammenkommen, um gemeinsam politische wie soziale Ziele zu erreichen.

Über die Autorin:
Dr. Susan Stewart ist stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Lesetipps:

- Freedom House: *Nations in Transit*. http://www.freedomhouse.org/report/nations-transit/2012/ukraine
- Lutsevych, Orysia: How to Finish a Revolution: Civil Society and Democracy in Georgia, Moldova and Ukraine. Chatham House Briefing Paper, Januar 2013.

ANALYSE

Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft

Iryna Solonenko, Frankfurt/Oder

Zusammenfassung

Dieser Artikel gibt einen Überblick über Kooperationsformen zwischen der EU und der ukrainischen Zivilgesellschaft. Es wird gezeigt, dass die EU durch eine Vielzahl von Instrumenten ukrainischen zivilgesellschaftlichen Organisationen finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung bietet. Diese Hilfe erreicht allerdings vor allem professionelle NGOs, während jungen und kleinen Initiativen oft die Kapazitäten fehlen, um sich erfolgreich um EU-Mittel zu bewerben. Die Hauptfunktion der EU für die ukrainische Zivilgesellschaft ist jedoch nicht die eines internationalen Geldgebers, sondern die eines Partners und Bezugspunkts in internen Reformbemühungen. Vor allem in dieser Hinsicht stärkt die EU die Zivilgesellschaft in der Ukraine.

Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft – implizit und explizit

Im Laufe der letzten Jahre ist die EU für die ukrainische Zivilgesellschaft vor allem aus zwei Gründen zu einem immer wichtigeren Partner geworden. Erstens hat man in der EU eingesehen, dass in Ländern wie der Ukraine für die erfolgreiche Implementierung von Reformen interner Druck und innenpolitische Nachfrage mindestens so wichtig sind wie Anreize und Sanktionen von außen. Zweitens ist die EU im Zuge der Erweiterung der Kooperationsagenda zu einer Art natürlichem Referenzpunkt für ukrainische NGOs geworden, die sich für Europäisierung und Reformen einsetzen. Im Folgenden werden die verschiedenen Interaktionsmuster der EU mit der ukrainischen Zivilgesellschaft vorgestellt und diskutiert.

Erstens hat die EU Vertreter der ukrainischen Zivilgesellschaft in einen Dialog eingebunden. In den letzten Jahren verlief kaum ein offizieller Besuch von EU-Repräsentanten in der Ukraine ohne ein Treffen mit NGO-Vertretern. Die EU verspricht sich von solchen Treffen alternative Informationen über interne Entwicklungen und signalisiert so zugleich ihr Bestreben, der Regierung kein Monopol auf offiziellen Dialog einzuräumen. Ein dafür sehr anschauliches Beispiel war das Treffen des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und des Ratspräsidenten Herman van Rompuy mit NGO-Vertretern im Anschluss an den EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011. Außerdem sucht die EU durch den Dialog nach Möglichkeiten, ihre Funding-Programme effizienter zu gestalten. Für ihre Fortschrittsberichte zu Nachbarländern ist es für die EU inzwischen zur Regel geworden, Informationen von NGOs aus den betreffenden Ländern einzuholen. Die Östliche Partnerschaft hat seit ihrer Gründung 2009 der Zivilgesellschaft zudem mehr Gewicht verliehen: Zusätzlich zum jährlichen Zivilgesellschaftsforum für NGOs aus den sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft haben NGO-Vertreter die Möglichkeit, an thematischen Workshops und Arbeitsgruppen von Politikern aus den Staaten der Östlichen Partnerschaft teilzunehmen.

Zweitens dient die EU der ukrainischen Zivilgesellschaft als Orientierungspunkt und Bezugsrahmen. Sie stärkt die Zivilgesellschaft implizit, indem sie Reformen einfordert und Standards setzt. Dieser externe Druck kann sowohl das Entstehen neuer Interessengruppen anregen als auch bereits bestehende in ihrer Arbeit unterstützen: Er wirkt als zusätzliches Druckmittel für reformorientierte zivilgesellschaftliche Gruppen. Die Gruppe »Wir sind Europäer« ist dafür ein interessantes Beispiel. Dieser inoffizielle Zusammenschluss umfasst junge Berufsanfänger aus unterschiedlichen Disziplinen, die auf Facebook verschiedene Themen mit EU-Bezug diskutieren und von Zeit zu Zeit öffentliche Anfragen starten und Aktionen durchführen. Als die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine im Jahr 2011 in eine Sackgasse gerieten und das Abkommen wegen bestehender Demokratiedefizite nicht unterzeichnet werden konnte, setzten mehr und mehr NGOs ihre Kapazitäten dafür ein, dass die Ukraine diese wichtige Chance nicht endgültig verpasst. Zwar geschieht dies bisher meist in Form öffentlicher Anfragen, doch die Anzeichen häufen sich, dass sich eine Form systematischeren Drucks auf politische Entscheidungsträger entwickelt.

Drittens schließlich unterstützt die EU die ukrainische Zivilgesellschaft durch direkte finanzielle Mittel. Da in diesem Bereich viele unterschiedliche Instrumente zur Verfügung stehen, soll er nun näher betrachtet werden.

Finanzielle Aspekte der Förderung

Zurzeit können ukrainische zivilgesellschaftliche Organisationen von einer Vielzahl an EU-Fördermöglichkeiten profitieren. Erstens können sie u. a. an folgenden nicht landesgebundenen thematischen Förderprogrammen teilnehmen:

- das Non-State Actors and Local Authorities-Entwicklungsprogramm, das darauf abzielt, nichtstaatliche Akteure und Kommunalbehörden stärker in Entwicklungsfragen einzubinden. Für den Zeitraum

2011 bis 2013 stellte die EU im Rahmen dieses Programms der Ukraine 2,9 Millionen Euro zur Verfügung. Problematisch ist für viele kleine potentielle Teilnehmerorganisationen jedoch der erwartete Eigenanteil von 10 % der Projektsumme.

- das European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR), das die Verbreitung von Demokratie und die Sicherung von Menschenrechten unterstützen soll. Im Rahmen dieses Programms überwies die EU im Zeitraum 2011 bis 2013 insgesamt 3,6 Millionen Euro in die Ukraine. Dieses Instrument ist flexibler anwendbar: Es birgt die Möglichkeit, auch nicht-juristische Personen zu unterstützen und kann so auch kleinere Summen lokalen Organisationen und einzelnen Menschenrechtsaktivisten zukommen lassen. In der Praxis werden die Mittel jedoch an Projekte vergeben, die nach lokal entwickelten Kriterien im Rahmen von Ausschreibungen ausgewählt werden. So haben die meisten Projekte eine starke soziale Ausrichtung. Sie zielen eher auf Bevölkerungsminderheiten als beispielsweise auf die Unterstützung von Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten.

Zweitens erklärte die EU im Frühling 2011, dass sie in ihren östlichen und südlichen Nachbarstaaten die »Partnerschaft mit der Gesellschaft« stärken wolle. Unter anderem war dies eine Antwort auf die Aufstände in der arabischen Welt. Als Innovationen sind hier die sogenannte Fazilität für Zivilgesellschaft, die reformorientierte NGOs unterstützen soll, und der Europäische Fonds für Demokratie zu nennen. Der letztere soll speziell nicht-registrierte Initiativen fördern. Die Fazilität für Zivilgesellschaft sieht für die Periode 2011 bis 2013 etwa 37 Millionen Euro für die gesamte östliche Nachbarschaft vor. Wenngleich es zu früh ist, die Effektivität dieses Instruments zu bewerten (es wurden bisher nur erste Zuschüsse ausgezahlt), so ist es doch wichtig anzumerken, dass die EU-Förderung der Zivilgesellschaft in der östlichen Nachbarschaft sich mit diesem Programm fast verdoppelt.

Die EU stellt außerdem Mittel für das Zivilgesellschaftsforum der Östlichen Partnerschaft bereit, auf dem jedes Jahr über 20 NGOs aus der Ukraine vertreten sind. Zusätzlich zur Finanzierung der jährlichen Treffen stellte die EU 250 000 Euro für das Sekretariat des Forums und 195 000 Euro für die Entwicklung nationaler Plattformen des Forums zur Verfügung.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Auswahlprozeduren für die Teilnahme an EU-Förderprogrammen von den NGOs ein hohes Niveau organisatorischer und technischer Kompetenz verlangen. Dieser Anspruch steht oft im Konflikt mit dem Ziel, ein möglichst breites Spektrum von Akteuren einzubinden. In Wirklichkeit werden ungewöhnliche Organisationen und Einzelpersonen so seltener gefördert und kaum kleinere Summen ausgezahlt. Außerdem sind alle Instrumente projektbasiert, obgleich die meisten NGOs zum Überleben eine stetigere Förderung benötigen.

Abgesehen von den oben umrissenen Förderprogrammen durch EU-Institutionen sollten weitere Unterstützungsmöglichkeiten für ukrainische Organisationen genannt werden. Hier sind besonders der Europarat und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) zu nennen. Der Europarat verwaltet sogenannte Gemeinsame Programme, die von der EU bezahlt werden. Innerhalb dieser Programme finden Expertentreffen und Aktionen zur Hilfe zur Selbsthilfe statt. Diese richten sich nicht ausschließlich an staatliche Akteure, die für die Verbesserung der Menschenrechtslage unerlässlich sind (wie z. B. Richter), sondern auch an zivilgesellschaftliche Organisationen und Journalisten. Von Seiten des UNDP wurde seit 2008 das Programm zur Förderung kommunenbasierter Entwicklungsstrategien (»Community Based Approach to Local Development«) implementiert. Dieses Programm zielt darauf ab, Kommunen zu gemeinsamen Projekten zu bewegen, wie beispielweise der Einsetzung eines Schulbusdienstes für entlegene Dörfer oder die energiesparende Sanierung von Schulgebäuden. Der Wert des Projekts besteht darin, dass es Menschen vor Augen führt, wie durch gemeinsame Anstrengung mit relativ geringem finanziellem Einsatz lokale Probleme auf lokaler Ebene gelöst werden können.

Der Großteil der finanziellen Unterstützung jedoch kommt von einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese Mittel ergänzen die EU-Programme und sind oft leichter zu handhaben, insbesondere, wenn die Botschaften der Staaten die Vergabe im Land selbst koordinieren. Die aktivsten Unterstützer ukrainischer Organisationen sind Schweden, Deutschland, die Niederlande, Großbritannien, Polen und Tschechien. NGOs in der Ukraine haben zudem die Möglichkeit, Mittel aus dem Fonds der Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei zu erhalten.

Fazit

Mit Blick auf die mannigfaltigen Programme scheint die EU die Zivilgesellschaft in der Ukraine stark finanziell zu unterstützen. Tatsächlich ist die EU (wenn man die Einzelleistungen der Mitgliedsstaaten mitrechnet) nach den USA der größte Geldgeber für ukrainische NGOs. Die Auswahlprozeduren schließen jedoch einen großen, auf ad hoc-Basis agierenden und nicht registrierten Teil der Zivilgesellschaft von vornherein aus. Im Ergebnis profitieren vor allem einige wenige, professionalisierte NGOs. Auf der anderen Seite wurden bereits einige gute

Ansätze zur Mobilisierung lokaler Gemeinden etabliert. Zudem scheint der wichtigste Hebel der EU nicht so sehr in ihrer finanziellen Unterstützung, sondern eher in einem anderen Aspekt zu liegen: In ihrer Rolle als Dialogpartner und Bezugspunkt für die ukrainische Zivilgesellschaft.

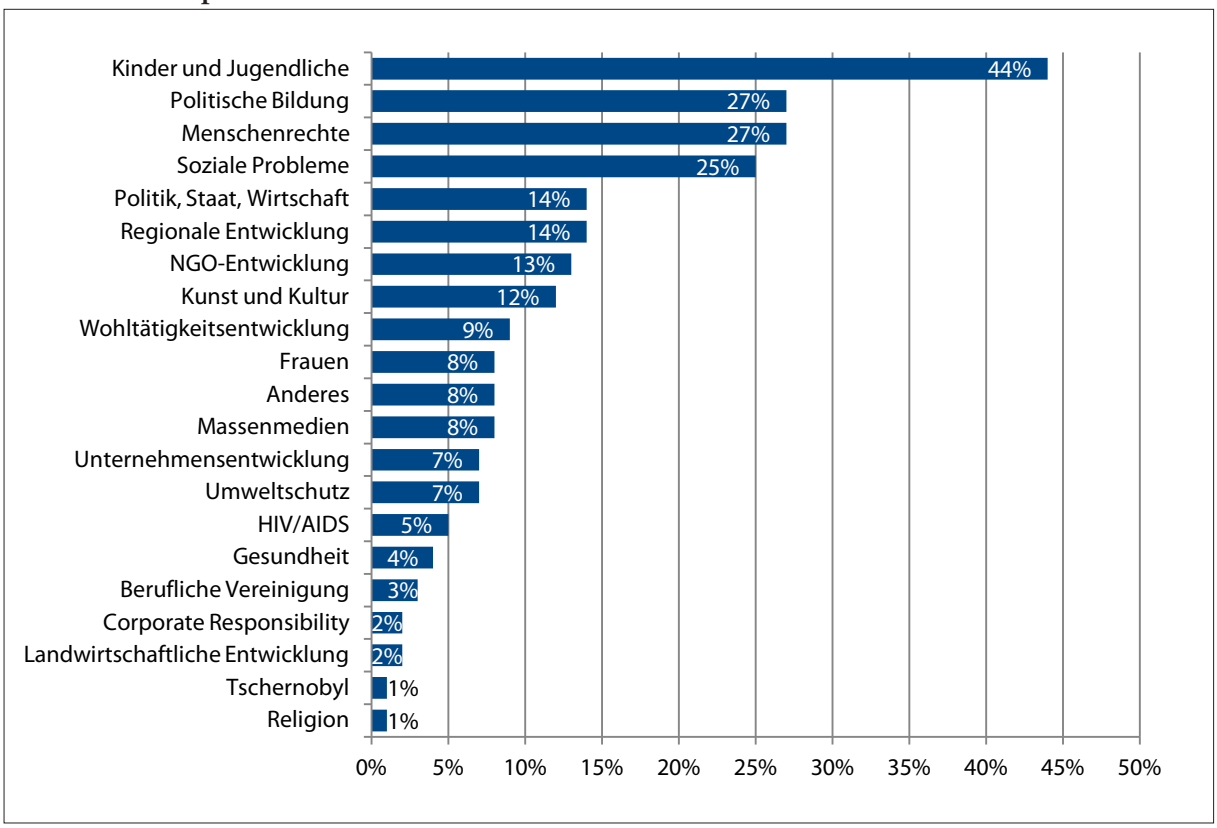
Aus dem Englischen übersetzt von Jan Matti Dollbaum

Über die Autorin:
Iryna Solonenko ist Stipendiatin des DAAD und der Open Society Foundation und arbeitet als Doktorandin an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Ihre Forschung konzentriert sich auf die Rolle informeller Netzwerke und Strukturen bei der Regimetransformation der Ukraine. Zuvor leitete sie das EU-Projekt »European Integration Index for Eastern Partnership Countries«.

STATISTIK

Zivilgesellschaft in der Ukraine

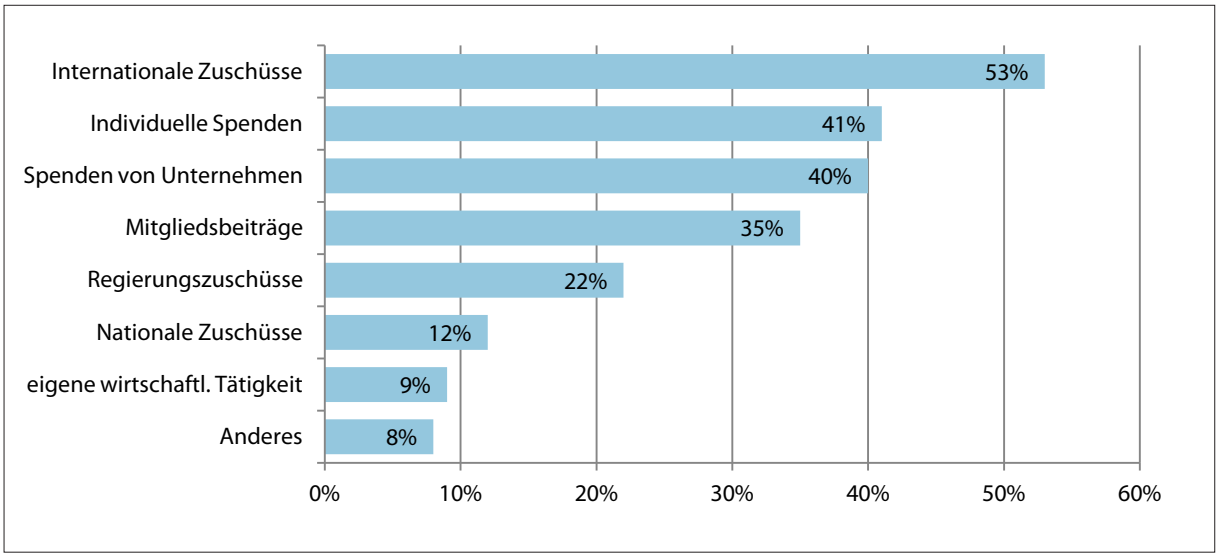
Grafik 1: Hauptarbeitsbereiche von NGOs



Anmerkungen: Bis zu drei Nennungen möglich. Daten von 610 NGOs aus allen Regionen der Ukraine, Umfrage durchgeführt im Jahr 2010.

Quelle: Lyubov Palyvoda und Sophia Golota: Civil Society Organizations in Ukraine. The State and Dynamics (2002–2010), http://uniter.org.ua/data/block/CSO2010eng.pdf

Grafik 2: Finanzierungsquellen



Anmerkungen: Bis zu drei Nennungen möglich. Daten von 610 NGOs aus allen Regionen der Ukraine, Umfrage durchgeführt im Jahr 2010.

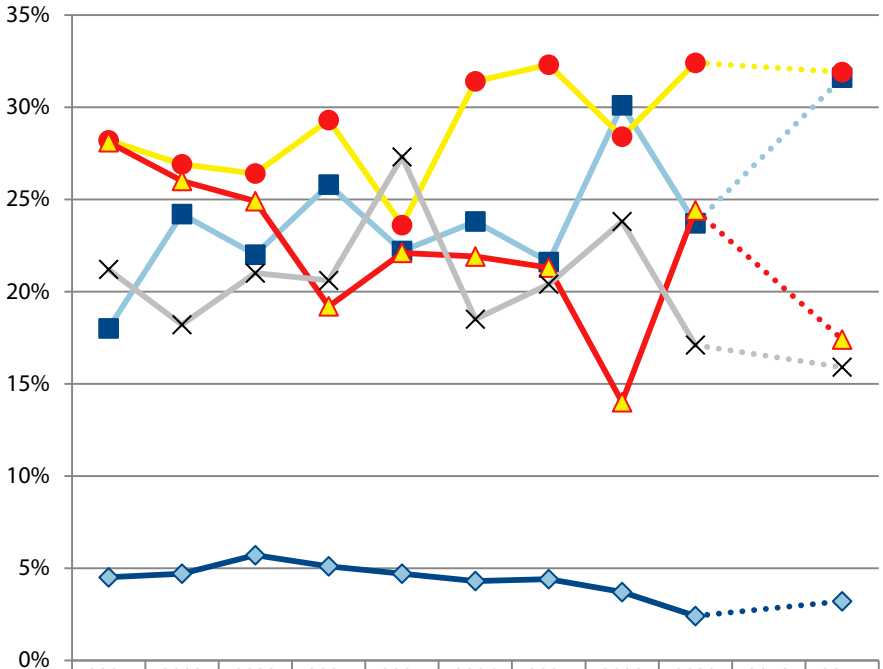
Quelle: Lyubov Palyvoda und Sophia Golota: Civil Society Organizations in Ukraine. The State and Dynamics (2002–2010), http://uniter.org.ua/data/block/CSO2010eng.pdf

Tabelle 1: Freiwilliges Engagement der Bevölkerung (Mitgliedschaft in freiwilligen Organisationen als Anteil an der Gesamtbevölkerung, in %)

Soziale/politische Bewegung	0,4 %
Kulturelle Organisation	0,4 %
Umweltschutzorganisation	1,1 %
Gesellschaftliche Organisation, Stiftung	1,2 %
Studierenden- oder Jugendorganisation	2,0 %
Andere Organisation	2,3 %
Berufliche Organisationen	2,6 %
Politische Partei	3,0 %
Sportverein	3,0 %
Religiöse Organisation und Kirchengemeinde	3,6 %
keine	83,6 %

Quelle: Umfrage von 2010 des Soziologischen Instituts der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, http://i-soc.com.ua/institute/smonit_2010.pdf?PHPSESSID=15d6e4f810b62037c0f63d5abb3fa287

Grafik 3: Vertrauen Sie Nichtregierungsorganisationen?



	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
vertraue vollständig	4,5%	4,7%	5,7%	5,1%	4,7%	4,3%	4,4%	3,7%	2,4%	k. A.	3,2%
vertraue eher	18,0%	24,2%	22,0%	25,8%	22,2%	23,8%	21,6%	30,1%	23,7%	k. A.	31,6%
vertraue eher nicht	28,2%	26,9%	26,4%	29,3%	23,6%	31,4%	32,3%	28,4%	32,4%	k. A.	31,9%
vertraue überhaupt nicht	28,1%	26,0%	24,9%	19,2%	22,1%	21,9%	21,3%	14,0%	24,4%	k. A.	17,4%
schwer zu sagen	21,2%	18,2%	21,0%	20,6%	27,3%	18,5%	20,4%	23,8%	17,1%	k. A.	15,9%

Quelle: Repräsentative Umfragen des Rasumkow-Zentrums, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=81

PRESSESTIMMEN

Zum EU-Ukraine-Gipfel

EU verlangt von Kiew Taten

Rudolf Hermann, Neue Zürcher Zeitung, 27.02.2013

Beim EU-Ukraine-Gipfel in Brüssel vom Montag erhielt Kiew drei Monate Zeit, um klare Schritte zur Behebung der demokratischen Defizite einzuleiten. Andernfalls werde es schwierig, das Assoziations- und das Freihandelsabkommen im November am EU-Gipfel für die östliche Partnerschaft in Litauen zu unterzeichnen. Kommentatoren halten fest, dass nachher das Erweiterungs-Fenster für die Ukraine für längere Zeit oder sogar definitiv geschlossen bleiben dürfte. Angesichts des zuletzt stockenden Dialogs zwischen Brüssel und Kiew bezeichneten ukrainische Kommentatoren allein schon die Tatsache als Erfolg, dass der Gipfel überhaupt zustande gekommen sei. Verschiedene Beobachter hoben hervor, dass zumindest noch Hoffnung bestehe, die Abkommen könnten unterzeichnet werden.

Vom ukrainischen Präsidenten Janukowitsch waren am Gipfeltreffen die schon fast rituellen Beteuerungen zu hören, man werde keine Mühe scheuen, die nötigen Schritte zu tun. Angesichts des Umstands, dass er sein Land beharrlich in die Gegenrichtung steuert, bleibt allerdings offen, wie in drei Monaten in Gang gebracht werden soll, was man offenbar systematisch zu vermeiden sucht, zum Beispiel die Abkopplung der Justiz von der Exekutivmacht. Die Keule gegen die inhaftierte Oppositionsführerin Timoschenko oder den ebenfalls im Gefängnis sitzenden Ex-Innenminister Luzenko wird stärker geschwungen denn je.

Quelle: http://www.nzz.ch/aktuell/international/eu-verlangt-von-kiew-taten-1.18028900

Eine unangenehme Partnerschaft

The Economist, 02.03.2013

Nach dem Gipfel sagte José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, dass Wiktor Janukowytsch sich »unmissverständlich verpflichtet« habe. Aber alles zu versprechen und nichts zu tun, war lange Zeit eine beliebte Strategie der Ukraine, sagt Julia Mostovaya, die Herausgeberin der Zeitung »Serkalo Nedeli«. Tatsächlich gründen sich Janukowytschs Hoffnungen auf ein Abkommen darauf, dass die EU die Ukraine nicht an die russische Zollunion verlieren will, und nicht auf irgendwelche Reformen von seiner Seite.

Dies würde einen Glauben und ein Bekenntnis an europäische Werte verlangen, die Janukowytsch und sein Kabinett aber nicht teilen. Vielmehr sieht er in den Verhandlungen mit der EU einen Trumpf, den er in den Verhandlungen mit Russland, das versucht, die Ukraine mit billigem Gas in ihre Zollunion zu locken, ausspielen kann. Ähnlich benutzt er Russland als eine Art Hebel, um Brüssel Zugeständnisse zu entlocken. Nun verspricht die EU der Ukraine 610 Millionen Euro, wenn sie ihr IWF-Programm wieder aufnimmt. Aber das hängt davon ab, ob die Ukraine mehr Reformen umsetzt und die lokalen Gas- und Energiepreise anhebt. Wenn politische Visionen einem Spiel mit dem Feuer weichen, ist in der Regel kein Fortschritt zu erwarten.

Quelle: http://www.economist.com/news/europe/21572830-deadline-may-reform-ukraine-unlikely-be-met-awkward-partnership

Die Zeit läuft im Mai ab

Swjatoslaw Chomenko, BBC Ukraine, 26.02.2013

Falls die Ukraine die Verpflichtungen, die sie auf dem Gipfel zugesagt hat, bis Mai nicht einlöst, wird der Abschluss des Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union um mehrere Jahre verschoben werden. Was allerdings geschieht, wenn die Ratifizierung des Assoziationsabkommen scheitert – wonach es aktuell aussieht – wissen weder Kiew noch Brüssel.

[…] Einigermaßen sicher ist, was geschehen wird, wenn es der Ukraine gelingen sollte »konkrete Fortschritte« in den drei [in der gemeinsamen Erklärung festgehaltenen] Bereichen, die die Europäische Union für wichtig erachten, nachzuweisen. In diesem Fall wird auf dem Vilniuser Gipfel ein Assoziationsabkommen unterschrieben und von beiden Seiten ratifiziert – sowohl in der Werchowna Rada [dem ukrainischen Parlament] als auch in jedem einzelnen Parlament der Mitgliedsstaaten. Dieser Prozess wird nicht einfach werden, an seinem Ende jedoch steht die von der Ukraine gewünschte politische Assoziation mit der Europäischen Union.

Aber was geschieht, wenn es der Ukraine nicht gelingt, Fortschritt zu demonstrieren? Wenn es keine Veränderung in den Fällen Timoschenko und Luzenko gibt, wenn das Parlament weiterhin Reformen blockiert und die Wahlrechtsreform nicht angegangen wird? Die offizielle Antwort der Behörden auf diese Frage kam am Vortag vom Botschafter der Ukraine bei der EU, Konstantin Jelissejew: »Es gibt keinen Plan B, wir sind uns sicher, dass wir am 28. und 29. November das Abkommen in Vilnius unterschreiben«, sagte er. Laut [dem Politikwissenschaftler] Igor Schdanow

gibt es auch bei der EU keinen Plan B: »In Brüssel weiß man auch noch nicht, was geschehen wird, wenn die Ukraine das Assoziationsabkommen in 2013 nicht unterschreiben wird.«

Eine mögliche Variante wäre, die Unterzeichnung des Abkommens auf frühestens 2015 zu verschieben, wenn es in der Ukraine in Folge der Wahlen theoretisch zu einem Machtwechsel kommen könnte.

Quelle: http://korrespondent.net/ukraine/politics/1513275-ukraina-es-vremya-est-tolko-do-maya

Janukowytsch steht vor der Wahl: Für oder gegen Europa

Aleksandr Mineew, Nowaja Gaseta (Russland), 26.02.2013

[…] Janukowytsch, der nach Brüssel geflogen kam, war dieses Mal auf Versöhnung aus und hierfür sogar zu Zugeständnissen bereit. Er war zurückhaltend und wortkarg. In seinen Reden bemühte er sich, nichtssagende Phrasen zu vermeiden. Zumindest während des öffentlichen Teils des Gipfels.

Seine Gegenüber, der Vorsitzende des Europäischen Rats, Herman van Rompuy, und der Kommissionspräsident José Manuel Barroso hingegen verhielten sich angreiferisch und hart in der Sache. Barroso hat das Treffen als »offenen und konstruktiven Meinungsaustausch« bezeichnet, was in der Diplomatensprache nicht gerade für eine schmeichelhafte Verhandlungsatmosphäre steht.

[…] Laut Barroso ist für die Ukraine die Zeit gekommen, sich für oder gegen Europa zu entscheiden. […] Janukowytsch versicherte, dass die Ukraine diese Wahl längst schon getroffen habe. Eine stärkere Integration in Europa sei unverändert das strategische Ziel der Ukraine, was auch gesetzlich bereits festgeschrieben wurde. Allerdings sind in seiner Rede die Teile, die möglicherweise auf den Grund seiner Zugeständnisse hinweisen, unbemerkt geblieben. Für die Ukraine ist die Energieunabhängigkeit überlebensnotwendig und dafür benötigt sie aktuell die Europäische Union. Janukowytsch hat die Zusicherung der Europäer bekommen, dass sie ihn bei der Modernisierung der Gasinfrastruktur unterstützen werden. Außerdem hat die EU ihm versprochen, die Ukraine mit Gas aus dem Westen zu versorgen, falls unerwartete Umstände dies notwendig machen sollten.

Quelle: http://www.novayagazeta.ru/news/63143.html

CHRONIK

Vom 26. Februar bis 12. März 2013

26.02.2013	Arsenij Jazenjuk, Vorsitzender der Oppositionspartei Vaterland, bestreitet Vorwürfe, nach denen die Partei Geld an Personen gezahlt habe, die bei einer Demonstration der Opposition am Vortag in Kiew zusammengekommen waren. Auf dem Europäischen Platz in der Hauptstadt hatten sich ca. 5000 Menschen versammelt, um unter dem Motto »Kiewer Bürger gegen politische Repression!« gegen die Politik Wiktor Janukowytschs zu protestieren.
27.02.2013	Die Partei Vaterland initiiert unter den Parlamentsabgeordneten eine Unterschriftensammlung, die ein Misstrauensvotum gegen die Regierung und den Präsidenten zum Ziel hat. Damit dies im Parlament zur Abstimmung kommt, müssen 150 Unterschriften gesammelt werden. Die Partei Freiheit erklärt ihre Bereitschaft, an der Aktion teilzunehmen.
28.02.2013	Ministerpräsident Mykolaj Asarow stellt ein staatliches Investitionsprogramm in Höhe von ca. 380 Mrd. Hrywnja (ca. 38 Mrd. Euro) vor. Es ist geplant, die Produktion im Maschinenbau im Jahr 2014 um 10 % zu steigern. Im selben Zeitraum soll die landwirtschaftliche Produktion um 25 % steigen, im IT-Bereich soll der Zuwachs 35 % betragen.
02.03.2013	Die Partei des ehemaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, Unsere Ukraine, die im Jahr 2006 neben der Sozialistischen Partei der Ukraine und dem Block Julia Tymoschenkos dritte Kraft in der »Orangen Koalition« gewesen war, löst sich auf Beschluss des Parteitages auf. Bei den vergangenen Parlamentswahlen hatte sie nur noch 1,1 % der Stimmen erlangt und war zuletzt in eine tiefe Führungskrise geraten. Die Pressesprecherin Wiktor Juschtschenkos, der auf dem Parteitag nicht erschienen war, erklärt den Parteitag und damit die Auflösung der Partei für nicht rechtens.
03.03.2013	In Edinakiewo in der Region Donezk übergießen Aktivisten das örtliche Lenindenkmal mit roter und weißer Farbe. Die Polizei verdächtigt lokale Politiker der rechten Partei Freiheit, in den Vorfall verstrickt zu sein. In der Vergangenheit waren immer wieder Lenindenkmäler beschädigt oder beschmiert worden, so zuletzt in Oktjabrsk und Kobeljaky in der Region Poltawa und in Ochtyrka in der Region Sumy.
04.03.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch besucht seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin. Sie besprechen nach offiziellen Angaben Fragen der regionalen Zusammenarbeit. Ein Hauptthema ist die von Russland geführte Zollunion.
05.03.2013	Abgeordnete der oppositionellen Partei Vaterland blockieren die Tribüne des Parlaments. Eine Hauptforderung richtet sich an den Parlamentspräsidenten Wolodymyr Rybak von der Partei der Regionen. Dieser solle sein Gesuch an das höchste Verwaltungsgericht zurückziehen, in dem er fordert, dem Hauptverteidiger der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, Serhij Wlasenko, das Abgeordnetenmandat zu entziehen.
06.03.2013	Das höchste Verwaltungsgericht der Ukraine entzieht Serhij Wlasenko das Abgeordnetenmandat und entspricht damit dem Gesuch Wolodymyr Rybaks. Laut Urteilsbegründung habe Wlasenko auf unzulässige Weise seine Tätigkeiten als Abgeordneter und Strafverteidiger vermischt. Er verliert durch den Entzug des Mandats seine Immunität. Von Seiten der EU, u. a. vom Kommissar für EU-Erweiterung Stefan Füle und Vize-Parlamentspräsident Jacek Protasiewicz, wird das Urteil kritisiert und als Gefahr für den weiteren Integrationsprozess bezeichnet.
07.03.2013	Aufgrund des umstrittenen Urteils gegen Serhij Wlasenko blockiert die Partei Vaterland erneut die Parlamentstribüne.
09.03.2013	Das Komitee für Menschenrechte, nationale Minderheiten und internationalen Dialog ruft Präsident Wiktor Janukowytsch auf, sich in den Konflikt zwischen den administrativen Organen der Krim und der inoffiziellen Vertretung der Krimtataren, dem Medschlis, einzumischen. In diesem Jahr war den Vertretern der Krimtataren ihr traditioneller Trauermarsch zum Gedenken der Deportationen unter Stalin verboten worden. Zudem waren Mitglieder des Medschlis aus offiziellen Gremien der Region ausgeschlossen worden.
11.03.2013	Vertreter der Oppositionsparteien wie der Partei der Regionen sprechen sich für Neuwahlen aus, um die andauernde Parlamentskrise zu beenden. Die Oppositionsparteien erklären, dass sie bereits eine Wahlkampftour durch die Ukraine vorbereiten.
12.03.2013	Der Hauptverteidiger der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Tymoschenko, Serhij Wlasenko, dem das höchste Verwaltungsgericht sein Abgeordnetenmandat entzogen hatte, reicht beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage gegen das Urteil ein.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf http://www.laender-analysen.de/ukraine/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Jan Matti Dollbaum
Satz: Matthias Neumann
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1862-555X © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

LESEHINWEIS

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de